



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen



Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 14. Wahlperiode, 1995-1996

02.07.1997 - Drucksache 14/720

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN**Kurzstreckenseeverkehre**

Unter der Zielsetzung „From Road to Sea“ verfolgt die EU-Kommission das Ziel, Verkehre von der Straße auf den Wasserweg zu verlagern. Im Rahmen dieser Konzeption sind, neben der Binnenschifffahrt, Kurzstreckenseeverkehre relevant. Der Ausschuß für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen (Hafen-Ausschuß) hat zu diesem Thema am 12. März 1997 eine Anhörung mit Fachleuten durchgeführt.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt die Position des Rates der Europäischen Union zum Kurzstreckenseeverkehr wegen der beträchtlichen Vorteile, die dieser im Vergleich zum Landverkehr für die Europäische Union aufweist; davon sind insbesondere hervorzuheben:

- a) allgemeine Verfügbarkeit freier Kapazitäten im Kurzstreckenseeverkehr;
- b) geringerer Energieverbrauch und geringere Luftverschmutzung;
- c) potentieller Beitrag zur Entwicklung von Randgebieten der Europäischen Union;
- d) Möglichkeit einer Ausweitung des Kurzstreckenseeverkehrs bei geringen Ausgaben für die Infrastruktur.

Im Rahmen der von dem Rat der Europäischen Union befürworteten Maßnahmen zur Förderung der Kurzstreckenseeverkehre muß nach Ansicht der Bürgerschaft (Landtag) eine Konkretisierung und Schwerpunktsetzung erfolgen.

2. Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich für ein deutliches Wachstum der Kurzstreckenseeverkehre im Rahmen einer ökologischen Verkehrsentwicklung aus. Ziel muß die Verlagerung von Straßengüterverkehren auf das Wasser sein (From Road-to-Sea), d. h. die Einbeziehung der Küstenschifffahrt in eine verkehrspolitische Gesamtkonzeption der Bundesregierung bzw. der EU. Die Realisierung dieses Zieles wird gegenwärtig von verschiedenen Problemen und Hemmfaktoren beeinträchtigt. Dazu gehören:

- geringere Transportpreise bei Lkw-Verkehren aufgrund der Externalisierung von Wegekosten;
- Infrastruktur, die Lkw-Verkehre anziehen (z. B. Küstenautobahn, Querung Großer Belt);
- administrative Hemmnisse (komplizierte Zollverfahren, unterschiedliche Gefahrgutregelungen für Land- und Seeverkehre);
- die mangelhafte Einbeziehung der verladenden Wirtschaft in Konzeptionen zum Kurzstreckenseeverkehr;
- ein schlechtes Image der Küstenschifffahrt;
- fehlende Kompatibilität der Transportbehälter.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert die Bundesregierung auf, Initiativen zu ergreifen und Projekte zu fördern, die auf eine Reduzierung dieser Hemmnisse abzielen.

3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf:

- im Rahmen der Norddeutschen Küstenministerkonferenz über Maßnahmen und Kooperationen zur Förderung der Küstenschifffahrt zu beraten und der Bürgerschaft (Landtag) darüber zu berichten. Gegenstand der Kooperation sollen sein:
 - eine Bündelung der Ergebnisse bisher durchgeführter Forschungsprojekte zu Kurzstreckenseeverkehren;
 - die Förderung von Forschung und Entwicklung im Bereich der Hafentechnologien durch Pilotprojekte für neue Umschlagssysteme im Rahmen des Road-to-Sea-Verkehrs;
 - die Förderung schneller, ökologisch angepaßter Schiffstypen, die den Bedingungen des küstennahen Verkehrs besonders entsprechen (z. B. flachgehende Küstenschiffe)
- eine konzertierte Aktion der Unterweserhäfen zur Förderung und Vernetzung von Küsten-, Binnen- und Seeschiffsverkehren einzuleiten;
- die vom „Runden Tisch der Praktiker“ im Mai 1996 in Bremen beschlossenen zwei fahrtgebietsorientierte Workshops zu unterstützen, die die praktische Durchführbarkeit von Verkehrsverlagerungen auf dem Wasserweg anhand ausgewählter Relationen untersuchen sollen, und zwar zum einen Deutschland-Iberische Halbinsel und zum anderen Deutschland-Skandinavien;
- Vorschläge zur Einbeziehung der Küstenschifffahrt in Projekte der Hafentelematik bzw. der EDI-gestützten Logistik vorzulegen;
- Initiativen im Bundesrat zu ergreifen zur verursachergerechten Anlastung der Wegekosten und anderer externer Kosten aller konkurrierenden Verkehrsträger.

Schramm, Mützelburg, Zachau und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN